



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

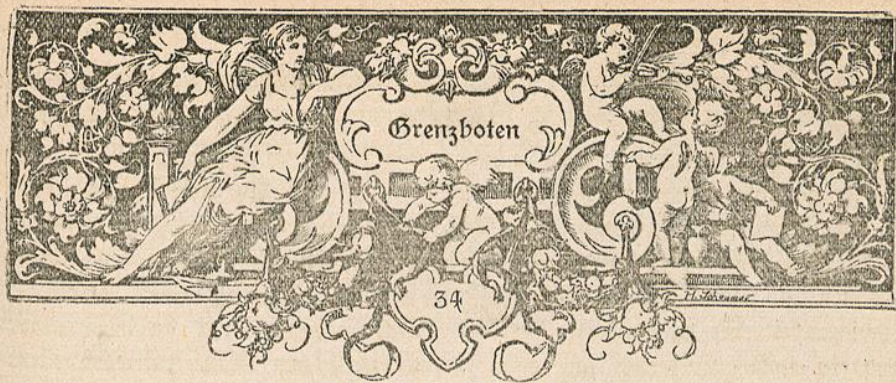
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Mitteleuropa

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Mitteleuropa

Von Georg Kleinow



Das Sehnen der deutschen Stämme nach Zusammenschluß, das durch den Endkampf Preußens und Österreichs um die Hegemonie im deutschen Bunde und die darauffolgende Gründung des Deutschen Reiches für Jahrzehnte unterbunden, nicht ertötet worden ist, hat einen neuen, moderneren Ausdruck gefunden in dem Gedanken der Schöpfung eines mitteleuropäischen Oberstaates, in dem das deutsche Element entsprechend seiner Zahl und kulturpolitischen Bedeutung eine führende Stelle einnehmen würde. So schön das Ziel vom deutschen Kulturstandpunkt auch ist, so beschwerlich und voller Hindernisse ist der Aufstieg zu ihm und es ist noch sehr die Frage, ob das Feuer des Weltenbrandes, in dem das Deutsch-Österreichisch-ungarische Bündnis gegenwärtig seit drei Jahren glüht, auch ausreicht, um die Kampfgenossen zu einem dauernden Friedensbunde zusammenschweißen zu können. Das neue Deutschland und das alte Österreich mit seinem ungarischen Bruder sind in fünfzig Jahren zu in sich fest geschlossenen Organismen herangewachsen mit einer Fülle von Eigenleben und selbständigen Kräften, in denen die Frage nach der Zusammengehörigkeit der Nationalitäten trotz ihrer ungeheueren Bedeutung für die Reiche doch vor anderen Zusammenhängen an den zweiten Platz getreten sind. Über den Nationalstaat hat sich — freilich noch nicht endgültig — der Wirtschaftsstaat gesetzt, in dem die Nationalität vorwiegend nach ihrer wirtschaftlichen Gesamtleistung, keinesfalls nach ethischen, geschweige denn ästhetischen Gesichtspunkten bewertet wird. Ein Zusammenschluß des Deutschtums anders als auf dem Wege eines mitteleuropäischen Oberstaates wirtschaftlich zusammenwirkender Nationen und Staaten ist — rechnet man nicht mit neuen politischen Katastrophen — kaum denkbar.

Die Erkenntnis des Mangels anderer Wege als der über wirtschaftliche Verständigung mag daran schuld sein, wenn wir in der Behandlung der mitteleuropäischen Frage eigentlich jede Wärme und jeden nationalen Schwung vermissen, und mehr eine Art Resignation, ja, ein fatalistisches Gewährenlassen bemerken.

Nachdem Friedrich Naumann*) seine zündende Schrift veröffentlicht hatte, scheint die deutsche nationale Publizistik wenigstens in Norddeutschland keine Gedanken darüber mehr vorzutragen gehabt zu haben; der freisinnige Parteimann Gothein hat die Frage noch einmal publizistisch, allerdings ganz östlich orientiert behandelt; im übrigen waren es Fachmänner der Wissenschaft und Vertreter der Bürokratie der in Betracht kommenden Länder, die die Erörterungen über Mitteleuropa an sich brachten und sie in das ruhige Fahrwasser volkswirtschaftlicher Studien und die Verschwiegenheit der Amtszimmer lenkten. Den größten Anteil an dieser Arbeit und ein hohes Verdienst um eine sachlich in hohem Maße zufriedenstellende Vorbereitung der bereits zwischen den amtlichen Stellen von Berlin, Wien und Budapest schwebenden Verhandlungen hat der „Verein für Sozialpolitik“ erworben durch sein zweibändiges Sammelwerk „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten“**). Daneben darf auch der „Arbeitsausschuß für Mitteleuropa“***), der eine wöchentlich erscheinende Fachzeitschrift herausgibt und Friedrich Naumann, Frhrn. von Rechenberg, Eugen Schiffer und Robert Schmidt zu seinen Mitgliedern zählt, nicht vergessen werden.

Die Durchsicht der Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik, zu denen noch eine Anzahl selbständiger Arbeiten von Jastrow, Wolff, Stolper u. a. treten, zeigt, worauf es im Augenblick für die Schaffung eines mitteleuropäischen Fundaments ankommt.

Der Gedanke an Mitteleuropa hat seine Begründung in einer einfachen Erwägung, für die uns der Krieg, die inneren Ursachen seines Entstehens sowie seine Entwicklung von dem Überfall der europäischen Ententemächte bis zur allgemeinen Weltkoalition gegen Deutschland das Gehirn geschärft haben: Geographisch zusammengehörige Gebiete müssen politisch zusammengeschlossen werden, damit ihre Bewohner im wirtschaftlichen Daseinskampfe auf der Erdoberfläche bestehen können. Die freie Existenz der Bewohner der Gebiete Mitteleuropas ist bedroht durch den angelsächsischen und neuerdings mongolischen Kapitalismus, weil diese sich durch Zusammenfassung gewaltiger Länderkomplexe den Luxus wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit (Autarkie) leisten können. Die Völkerschaften Mitteleuropas haben die Wahl, entweder unter bewußter Preisgabe gewisser äußerlicher Attribute ihrer politischen Selbständigkeit, sich zu gemeinsamer, Erfolg sichernder Arbeit zusammenzutun oder aber unter tatsächlicher Preisgabe ihres Anspruchs auf organisierte Tätigkeit in der Weltwirtschaft den Schein politischer Selbständigkeit gegeneinander aufrechtzuerhalten. „Alle Mittkämpfer des Weltkrieges fühlen unmittelbar, schreibt Friedrich Naumann, daß in der gegenwärtigen und zukünftigen Zeit keine kleinen und

*) „Mitteleuropa“, Druck und Verlag von Georg Reimer, Berlin 1915.

**) Herausgegeben von Dr. Heinrich Zertner, Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig 1916.

***) „Mitteleuropa“ (bisher 8 Hefte), Druck und Verlag Ullstein u. Co., Berlin.

mittleren Mächte mehr große Politik machen können. Unsere Quantitätsbegriffe haben sich gewaltig verändert. Nur ganz große Staaten haben noch etwas Eigenes zu bedeuten, alle Kleineren leben von der Ausnutzung des Strettes der Großen oder müssen sich Erlaubnis holen, wenn sie eine ungewohnte Bewegung machen wollen. Die Souveränität, d. h. die Freiheit der weltgeschichtlichen Entschliebung, hat sich an ganz wenigen Stellen auf der Erdbugel gesammelt. Noch ist der Tag fern, wo „eine Herde und ein Hirn“ sein wird, aber die Tage sind vorbei, wo zahllose kleine und mittelgroße Hirten ihre Herden ungerregelt über die Tristen Europas trieben. Der Geist des Großbetriebes und der überstaatlichen Organisation hat die Politik erfaßt. Man denkt, wie einst Cecil Rhodes sich ausdrückte, in Erdteilen. Wer klein und allein sein will, wird trotzdem von selber mit abhängig von den Lageveränderungen der großen Mächte. Das folgt aus dem Zeitalter des Verkehrs und aus der zentralen Technik der Heere. Wer unverbündet ist, ist isoliert; wer isoliert ist, ist gefährdet. In dieser heraufziehenden Geschichtsperiode der Staatenverbände und Massenstaaten ist Preußen zu klein und Deutschland zu klein, und Österreich zu klein und Ungarn zu klein . . . Darum ist heute der mitteleuropäische Bund kein Zufall, sondern eine Notwendigkeit.“ Arthur Spiethoff tritt vom Standpunkt des Volkswirtes an das Problem: „Die Völker, Staaten und Volkswirtschaften sind in eine so von Grund aus neue Lage versetzt, daß ein Festhalten an den alten Gedankengängen und Bestrebungen verhängnisvoll werden müßte. Die alles beherrschende neue Tatsache ist die kriegerische und in noch größerem Umfang die wirtschaftliche Vereinigung der mächtigsten Staaten gegen die Mittelmächte. Diesem Machtaufgebot kann mit der alten Verfassungsordnung der Kräfte auf die Dauer nicht Widerstand geleistet werden. Täusche man sich nicht über das schließliche Machtverhältnis und die Bedeutung der Organisation. Die Mittelmächte haben die Berennung ausgehalten, weil sie in ihrer Einzelorganisation überlegen waren. Sie werden auf diesem Weg keiner nennenswerten Steigerung ihrer Kraftentfaltung mehr fähig sein, während ihre Gegner hier noch große schlummernde Rücklagen in Bewegung bringen können. Den Machtzuwachs müssen die Mittelmächte im Ausbau ihrer besonderen Leistungsfähigkeiten und deren Zusammenwirken suchen. Unter diesen obersten Gesichtspunkt fällt auch der Zollverband. Die Volkswirtschaften des Zweibundes können durch Einzelentwicklung nichts Wesentliches mehr erreichen . . . Als verbundene Teile einer gemeinsamen Großunternehmung müssen sie neue Entfaltungsmöglichkeiten suchen. Und wer dies erkannt hat und für eine Bedingung der Daseinsbehauptung hält, wird vieles, was ihm früher sehr wichtig im kleinen Kreise dünkte, jetzt gegenüber dem großen, neuen Ziele zurücktreten lassen . . .“

Je mehr wir uns in die Zusammenhänge des mitteleuropäischen Problems vertiefen, um so mehr werden wir inne, daß zu dem von Raumann und Spiethof

gewiesenen Ziele, so bescheiden es auf den ersten Blick anmutet, ein unendlich dornenvoller, langwieriger Weg führt. Die Hoffnung, daß ein mitteleuropäischer Oberstaat als Ergebnis dieses Ringens ähnlich dem Deutschen Reiche fertig vor uns auferstehen könnte, schwindet vollends, wenn wir die vorhandenen Grundlagen scharf ins Auge fassen. Da ist allerdings in erster Linie die deutsch-österreichisch-ungarische Waffenbrüderschaft, die sich durch drei Jahre bewährte und jetzt mit den Siegen in Rumänien, Podolien und Wolhynien so herrliche Erfolge zeitigt. Aber das ist zunächst einmal alles. Und so viel sie auch menschlich für alle Feldsoldaten bedeuten möge, ist diese Waffenbrüderschaft fast bedeutungslos für die Fragen, auf die es zunächst und in allererster Reihe ankommt, Fragen, die überdies von Männern entschieden werden, denen es nie ver gönnt war, die Waffenbrüderschaft in der Schlacht kennen zu lernen. Als die Kaiserproklamation von Versailles erfolgte, waren alle die Vorstadien zur Einigung der deutschen Stämme und Staaten bereits in dem deutschen Zollverein überwunden, die wir uns jetzt für den neuen Oberstaat erst zu schaffen anschicken. Zwischen Deutschland und Österreich besteht eigentlich nur der gute Wille, sich zusammenzutun. Wie ist's aber mit Ungarn? Die im ungarischen Reichstage vertretenen Parteien stehen, wenn Stolper recht hat, ohne Unterschied auf dem staatsrechtlichen Standpunkte des souveränen ungarischen Nationalstaates, „der insbesondere die völlige Selbständigkeit Ungarns in der äußeren Handelspolitik betont.“ Wurde doch von Ungarn sogar die Verlängerung des bis 1907 geltenden Zoll- und Handelsbündnisses mit Österreich abgelehnt! Für den Fall, daß der an Stelle des Bündnisses geschlossene Handelsvertrag bis Ende dieses Jahres nicht erneuert wird, erhält Ungarn vom 1. Januar 1918 ab seine volle handelspolitische Handlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande. „Formell steht heute in handelspolitischen Fragen Österreich der ungarischen Reichshälfte nicht viel näher als Deutschland oder irgendein anderer auswärtiger Staat.“ (Stolper). Wie weit sind wir von dem mitteleuropäischen Oberstaate entfernt, wenn selbst Österreich und Ungarn, die wir gewöhnt sind als ein geschlossenes Ganzes anzusprechen, noch nicht weiter auf wirtschaftlichem Gebiete miteinander gekommen sind, als wie wir es hier sehen?!

Zu einem besonderen Optimismus ermuntern solche Verhältnisse gewiß nicht. Aber sie sollten auch nicht zu einem Nerven fressenden Pessimismus verleiten. Gut Ding will Weile haben! Hat der Krieg bei den drei beteiligten Staaten die Erkenntnis geweckt, daß sie auf Gedeih und Verderb wirtschaftlich aneinander gekettet sind, so wird sich auch ein Weg zum Ausgleich durch Verhandlungen finden, sofern es nicht den Gegnern des Zusammenschlusses gelingt, die Verhandlungen mit Stoffen zu belasten, die diese nicht mehr vertragen können. Es wäre darum nicht ratsam, schon jetzt in den Begriff Mitteleuropa Kombinationen hineinzuarbeiten, die die Hineinbeziehung etwa Bulgariens, der Türkei, Polens, der nordischen Staaten, Hollands und Belgiens ins Auge faßten. Das hieße Entwicklungsstufen überspringen wollen.

Und gerade hier gilt das Wort: in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister! Deutschland soll mit Österreich und Ungarn zunächst ins Reine kommen über die wirtschaftliche und persönliche Freizügigkeit, den Abbau der Zölle, Einrichtung von Übergangszöllen und Tarifen. Das ist eine Arbeit, die auch von der Bureaucratie noch während des Krieges durchgeführt werden kann, indes die Völker draußen die siegreichen Schlachten schlagen. Eine Rücksichtnahme auf andere, besonders feindliche Staaten, wie sie schon von ängstlichen Gemütern hier und da im Hinblick auf die friedlichen Beziehungen gefordert wird, wäre dabei gar nicht am Platze. „Die Haltung dritter Staaten zu den zollpolitischen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn kann unmöglich als Formfrage, sondern lediglich als eine Frage der Macht betrachtet werden.“ Je fester Deutschland und Österreich-Ungarn sich als ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet organisieren, um so machtvoller wird ihre gemeinsame Wirkung nach außen sein, um so vorteilhafter werden es auch andere Völker und Staaten für sich finden, mit dem mächtigen Wirtschaftsstaate in gutem Einvernehmen zu leben.

Vielleicht findet sich dann auch ein gangbarer Weg, den widersinnigen und widerwärtigen Streit der Nationalitäten, die der Weltkrieg zusammenführte, zurückzuführen auf das, was schon jetzt edel in ihm ist, auf den friedlichen Wettstreit der Kulturen, der die Höherentwicklung aller in sich birgt.

